

Sächsische Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktion: Berliner Straße
Büro für Presseverteilung: Berlin
Herr Dr. Ritterpräsident, Dr. 10011
Sächsische u. Landeszeitungen
Berlin - S. 1. Westendstraße 200

Abonnement: 10 Mark monatlich Zeitung, monatlich 1,40 M. (zweimalig 20 W.)
Zeitung, nach Beilage 2,40 M. (zweimalig 40 W.) Verlagsdruck ohne Postabrechnung
bei Tausch wiederverkauft. Einzelnummer 10 W., einschließlich Beilage 15 W. Ausgabe
preis: Die monatliche 20 W. beide Seiten 20 W., für einzelne 40 W., Sammlungspreis und
Gesamtpreis eines Hefts 15 W., unterhalb 20 W., bis 20 min beide Zeitungen 200 W.
abzehl. 200 W. Offiziersabrechnung 20 W. Redaktion: Zeitung gegen Erwerbungserlaubnis

Red. u. Verlag: Stadt & Reichsstadt,
Berlin, Schloß-Straße 1045 Berlin
Rathaus zur mi. beruf. Gültige nach
(Berlin, Rade.) gültig. Unterlass
Geld (siehe unten) nicht aufzuladen

Täglich morgens und abends - Wöchentlich 12 Ausgaben

Rabbinett Alzner vom König vereidigt

Beruhigung der politischen Lage

Madrid, 18. Februar. Die Agentur Habra meldet: Alle neu ernannten Minister, außer Senzosa, der zur Seite steht nicht in Madrid ist, und Admiral Rivera, der im letzten Kabinett zum Marineminister ernannt worden ist und sich nicht in seiner Wohnung befindet, als er befragt wurde, sprachen beim Verlassen des Palais nach der Leistung der Königin und dem Thronfolger ihre Ergebenheit aus. Gentojo und Admiral Rivera werden morgen den Eid leisten. Der König begab sich, begleitet von Admiral Alzner, unter beschilderten Buren des Pferde im Automobil in das Kriegsministerium, um den Eid zu leisten, der immer noch fehlte. Es entgegenstehen. Morgen um 5 Uhr nachmittags wird im Kriegsministerium ein Ministerialtag abgehalten.



Admiral Alzner

Zum Unterrichtsminister wurde ernannt der Madrider Universitätsprofessor Gavarrón Martí (lib.). Wie verlautet, haben die Sozialdemokraten den Beschluss gefasst, von Gewaltmaßnahmen abzusehen. Dagegen hätten aus Barcelona, dass dort die Sozialdemokraten versuchen wollen, den Generalstreik auszurufen. In Madrid haben am Mittwoch Demonstrationen kleiner Gruppen stattgefunden, die Schritte auf die Republik ausdrückten. Die Polizei trieb die Anläufe auseinander.

Der neue spanische Ministerpräsident Alzner ist der Generalkapitän der spanischen Flotte. Er sieht im

Alter von 70 Jahren und kommt aus Coruna. Er nahm am Kriege gegen die Amerikaner teil und war in der Schlacht von Santiago de Cuba dritter Kommandant des Kreuzers „María Theresa“. 1923 war er als Marineminister Mitglied des Kabinetts, das durch den Staatschef Primo de Rivera gestiftet wurde. Alzner hatte damals den Vorschlag gemacht, mit der Flotte nach Barcelona auszulaufen, um dort Primo und seine Anhänger festzustellen. Der Ministerpräsident ist Inhaber des Goldenen Ordens.

Das Programm der neuen Regierung

Madrid, 18. Febr. Der neue Ministerpräsident, Admiral Alzner, hat sich über das Programm der von ihm gebildeten Regierung Gedanken. Danach würden die Stadtratswahlen wahrscheinlich im März, die Generalsekretärwahlen im Mai und die allgemeinen Wahlen für die Cortes im Juni stattfinden. Der Admiral bezeichnete das ihm vorstehende Programm als sehr großzügig. Den verfassunggebenden Cortes sollen unbegrenzte Befreiung eingeräumt werden, so daß die Möglichkeit einer ganzen Landerneuerung der Verfassung bestünde. Mit haushaltlichen Verschwendungen auf der Seite der Militärdiktatur würden aufgehoben werden, und auch das Provinzialstatut und das Stadtratsstatut würden teilweise erhebliche Änderungen erfahren.

Niederlage Marconis im Oberhaus

London, 18. Februar. Die Regierung erhielt im Oberhaus bei der Beratung des Gesetzes zur Erhöhung des Abgeordnetenalters von 14 auf 15 Jahre eine Niederlage mit 168 gegen 22 Stimmen. Die Lords wandten sich hauptsächlich gegen die neuen Ausgaben, die dadurch entstehen, daß der Staat den nicht staatlich unterstützten Schulen für Erweiterungsbauten Zuflüsse zahlen muß. Die Stellung der Regierung wird durch die Abstimmung nicht beeinflußt.

Versteigerung im Schloss Glienicke

Der Kaiser erfreut die Uhu-Friedrichs des Großen

Berlin, 18. Febr. Am Mittwoch begann in Schloss Glienicke die Versteigerung der zahlreichen Einrichtungsgegenstände aus dem Besitz des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen. Das sonst so kleine Schloß war umlagert von zahlreichen Neugierigen. Ein großes Angebot von Schau- und Gendarmerie stand bereit. Autos und Möbelwagen umstülpten alte Aufzugsstrukturen. An den Aufgängen drängten sich die Menschen, denen der Eintritt nur gegen Hinterlegung einer Summe von 20 Mark gestattet werden sollte. Zahlreiche Lokale in Uvres verliefen den Ordnungsdienst. Als dann mit einer Verstärkung die Versteigerung begann, setzte sich bald, daß die wirkliche Kaufsumme nicht übermäßig groß war. Alerdings konnten auch die zunächst zum Ausgebot kommenden über 100 Harbendrucke, Kupferstiche, Photographien und ähnliches sein höheres Interesse beanspruchen. So beteiligten sich fast nur einfache Leute an dem Gebot, das oftmals schon mit 50 Pf. begann und bei 10 und 20 Mark sein schnelles Ende fand. Von allen Bildern kam kaum eines über 100 Mark hinaus.

Gegen Mittag wurden Gemälde und antikes Mobiliar verkauft. Gute Leute, die jetzt feststellen kann, sind die Preise zum Teil sehr niedrig, zum anderen Teil erstaunlich hoch. Für einen Biedermeiertisch aus Mahagoni wurden 670 Mark bezahlt, für eine Kommode aus der Zeit Ludwigs XVI. 800 Mark.

Es lag ein Angebot des Kaiserlichen Hauses mit 5000 Mark auf die Uhr Friederic des Großen vor. Als der Nationalator dieses Angebot zur Kenntnis brachte, wurde die Summe nicht überboten. Unter dem Biedermeierstisch der Auswanderer ging die Uhu in den Besitz des Kaiserlichen Hauses über.

Bei dem Mobiliar begegnete man den sächsischen Stilen des späteren Empire und des Biedermeier in allen möglichen Varianten. Auch Schinkels Äpothe ist vertreten. Die vom Prinzen Karl stammenden Möbel sind meist in Renaissance und Barock gehalten. Unter den funktionswidrigen Gegenständen befinden sich auch verschiedene persönliche Gegenstände Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Wilhelms II.

Die Uhu-Friedrichs des Großen soll allerdings nun doch am Donnerstag 18.88 Uhr versteigert werden.

Versteigerung im österreichischen Werkzeug

Wien, 18. Febr. Am Nationalrat kam es während der Budgetdebatte zu heftigen Auslärmstößen zwischen den Sozialdemokraten und dem Heimatblock. Wie der rechtsradikale Sozialdemokrat Wallitsch die Redner-

tribüne bestieg, protestierte der Heimatblock mit bestigen Rufen dagegen, daß Wallitsch, dem in der Offenheitlichkeit der Vorwurf des Mordes gemacht wurde, hier im Hause spreche. Der Heimatblock würde dies nie zulassen. Die stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten des Heimatblocks und den Sozialdemokraten arteten schließlich in ein Handgemenge aus. Der Präsident, der wiederholte Verlust batte, die Ruhe wieder herzustellen, unterbrach die Sitzung. Den Bemühungen sozialistischer und großdeutscher Abgeordneter gelang es, die streitenden Parteien zu trennen.

Zumult im Danziger Volksstag

Danzig, 18. Febr. Im Danziger Volksstag kam es bei der Beratung eines kommunistischen Antrages auf Aufhebung des Demonstrations- und Versammlungsverbotes für den 22. Februar erneut zu Zumut. Als der Kommunist Pleinikowlett erklärte, Hitler habe sich 1928 nach dem Tage seines Mordes verkrümmt, rief der Nationalsozialist Maas: „Heiger Hund!“ Pleinikowlett sprang darauf von der Rednertribüne herunter, auf den Abgeordneten Maas zu und rief: „Sagen Sie das noch einmal!“ Nun bildete sich ein Knäuel von Kommunisten und Nationalsozialisten vor der Pressetribüne. Der Präsident versuchte Ordnung und hob damit die Sitzung auf. Darauf sprang der kommunistische Abgeordnete Kreft auf den Nationalsozialisten Maas zu und versetzte ihm einen Faustschlag unter das Kinn.

Die Parzellierungen in Polen und Sommerellen

Berlin, 18. Febr. Zu den Parzellierungen des Großgrundbesitzes in Polen und Sommerellen erfahren wir von der polnischen Agrarreformkommission von 1926, daß für einen Zeitraum von zehn Jahren die Parzellierung von je 200 000 Hektar vorliegt. Der in diesen Tagen veröffentlichte Parzellierungsplan entspricht das Telleprogramm für 1929.

Der heutige Gesamtplan, der in Sommerellen 80 Prozent und in Polen 40 Prozent beträgt, ist an den bisherigen Parzellierungen in den Jahren 1926 bis 1928 in Sommerellen mit durchschnittlich 80 Prozent und in Polen mit 40 Prozent bestätigt.

Zur Zeit schwiegt wegen der Parzellierungen beim Güterbundsrat eine Delegation der deutschen Minderheit vom August 1929. Diese Delegation wird von einem Dreierkomitee gespielt.

Agrarchilfe und Wehrsport

Noch kurze Faschingsserien, die er sich auch in seinem traurigen Tage nicht hat nehmen lassen, tritt heute der Reichstag in ausgelöscherter Wehrmilitärmitsitzung wieder zusammen. Der kurze Tagungssabschnitt bis Mitte März, in dem er das gewollte Verbum des Staats durchsetzen soll, ist vollgeladen mit Entscheidungen von schicksalshafter Bedeutung. Ein Vorspiel dazu, daß alle Gefahren der nächsten Zukunft ahnen ließ, war die Szene in der vorgestrittenen Sitzung des Sächsischen Landtages, unmittelbar vor Ausbruch des schweren Tumults. Wie so oft, überschattete im Zusammenhang mit dem Ausschungsantrag die Reichspolitik die Angelegenheiten des Landes. Und der Nationalsozialist Kunz hielt den vollzählig versammelten Margisten in einer Rede, deren Temperament schon an Elstas grenzte, alle Möglichkeiten der neuen Lage im Reichstag vor: Ihr habt euren Vertrag vor dem Volk immer mit der Aufrüttel bewahrt, daß auch die Mehrheit zur Schaffung des sozialistischen Paradieses geführt habe. Jetzt habt ihr die Mehrheit! Wir haben euch Platz gemacht, wir föhlen euch nicht. Nun zeigt, was ihr könnt! Schafft Geiersleiste! Ihr ist die Arme zum Verbergen der Landwirtschaft! Erschreckt den Panzerkreuzer! Sagt für den Reichstag, speiße die Kinder, gebe Arbeit! Wir wollen leben, wie ihr den Zukunftstaat baut und werden euch zur Rechenschaft ziehen. Nutzt eure Mehrheit! — Hellendernde Wut auf der Linken war die Wirkung. Es ist ja gar nicht wahr, brüllten die Sozialdemokraten: Wir haben nicht die Mehrheit. Das ist keine Demagogie!

Wer hat nun recht? Seine und keiner. Nach Adam Riese steht zwar die nationalsozialistische Rechnung auf festen Füßen. 577 Abgeordnete gähnt der Reichstag. Davon sind 161 als Rechtspposition ausgezogen. Bleiben 416. Davon sind wieder 220 wahlrechte Volksblumargisten. Der Brüningsklub umfaßt nur 108 Abgeordnete, mit Landvolk und Wirtschaftspartei, die ebenfalls in Opposition stehen, gegen die Linke aber zu Hilfe eilen, höchstens 200. Eine ausgesprochene Minderheit. Auch die vielen Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten schaffen für diese beiden Parteien kein Hindernis, in Fragen, die das gemeinsame marxistische Glaubensbekenntnis betreffen, gegen die Bürgerlichen zusammenzugehen. Warum also entzieht sich die Sozialdemokratie den großmäuligen Verpredigungen ihrer Agitation? Doch nicht, weil ihr die Rechtsposition durch Rückkehr in den Reichstag übergeht in die Parade fahren kann. Sie weiß ja gar nicht, ob und wann sie das tut. Und den Versuch der Realisierung wären all die schönen Dinge, die sie den Massen in tausend Reden vorgeschnürt hat, doch wert. Die Freiheit, in der sich die roten Volksbegleiter trocken schlemmenden Mehrheit winden, drückt ganz wunderbar: in der Verhaftung ihrer Sonnen an den „Bürgerblock“ durch die preußische Machthaltung, die Brünings mit einem Wink an der Angst, daß auch das Reichsräder dem „Faschismus“ ausgeliefert wird, wenn man Brünings Forderungen nicht im großen und ganzen schlägt. Es ist wieder einmal die Politik des kleinen Uebels, die die Lage beherrscht. Und die große Frage der nächsten Wochen bleibt für die Sozialdemokratie: Wieviel kann man den Bürgerlichen an sozialistischer Belastung zutrauen, ohne daß die Schaukel bricht? Und für die Brüningsfront: Wo liegt die Grenze des notwendigen Entgegenkommens an die Sozialdemokratie und wo der Punkt, an dem uns die Rechtsposition vor der Übermacht des Margaus rettet?

Gewalt die Taktik der Parteien. Man könnte dem Spiel, das qualisch läuft, nun beginnen, mit dem Eifer des Sportinteressenten zuhausen, wenn wir nicht alle für die Kosten aufkommen müßten. Zwei Punkte sind es vor allem, die jedem einzelnen über Parteipräferenz und -antipräferenz hinaus am Herzen liegen müssen: die Agrarchilfe und der Wehrsport. In beiden stehen sich die Wünsche der marxistischen Linken und der bürgerlichen Front entgegengestellt, gegenüber. Für die Landwirtschaft hat die Sozialdemokratie nichts übrig, solange sie keine roten Stimmzettel abgibt. Sie wird ihr zwar eine vermoderte Öffensive zubilligen, unter der Voraussetzung, daß die preußische Regierung die Durchführung gegen die Interessen des Großgrundbesitzes regelt. Aber bei Brünings Gesamtprogramm, bei der Verlängerung der Getreideabgabemäßigung und Einführungseinregelung, bei den Sätzen für die landwirtschaftlichen Bereicherungsprodukte, für Güterentricht und für Ochs. hört ihre Gedanken auf. Die Reichsregierung darf ihnen etwas zu tun, um der Widerstand aus industriellen Kreisen gegen diese Maßnahmen Herr zu werden, wie soll sie das mit der grundlegenden Heimlichkeit der Linken erreichen? Ohne die Ochs. der Rechtsposition ist sie einfach außerhande, ihre Anlagen an die Landwirtschaft einzudünnen. Noch klarer ist die Sache beim Wehrsport. Dies steht Brünings gegen Prinzips.

